

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal inkl. Postgeb. Beitell-
ungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin SO. 26, Elisabeth-Ufer 40 I.

Inserate
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,
Stellenged. 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 30 Pf., Veram-
lungsanzeigen 10 Pf. Freilich-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 22.

Berlin, den 3. Juni 1905.

21. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbands- vorstandes.

1. Wir sehen uns veranlaßt, wiederholt darauf hinzuweisen, daß alle An- und Abmeldungen der Mitglieder nur in den hierfür bestimmten Rubriken der Mitgliedsbücher bzw. Karten zu vermerken sind. Zugleich mit der Abmeldung ist vom Kassierer desjenigen Ortes, wohin die Beitragsleistung erfolgt ist, die Zahl der von der An- bis zur Abmeldung gezahlten Wochenbeiträge einzutragen und durch Stempel und Unterschrift zu beglaubigen. Die Summe der gezahlten Wochenbeiträge darf aber nur nach der Zahl der geklebten Quittungsmarken festgesetzt werden. Die Eintragung der Abmeldung und die damit verbundene Eintragung der Zahl der gezahlten Beiträge darf in allen Fällen nur dann geschehen, wenn das sich abmeldende Mitglied seine Beitragspflichten voll und ganz erfüllt hat. Es müssen daher Beitragsreste stets vor der Abmeldung beglichen werden. Ohne den Eintrag der erfolgten Abmeldung darf die Anmeldung nicht vollzogen werden.

2. Zudem wir an die die An- und Abmeldungen entgegennehmenden Verbandsfunktionäre das dringende Ersuchen richten, fernerhin streng nach den getroffenen Bestimmungen zu verfahren, ersuchen wir alle diejenigen Mitglieder, auf welche vorstehende Bestimmungen zutreffen, in ihrem ureigensten Interesse ihre genau zu befolgen, denn eine Mißachtung derselben schließt nach § 13 im Statut den Verlust aller erworbenen Rechte in sich.

Zur Kontrolle, daß in den alten Mitgliedsbücher die An- und Abmeldebüchlein eingeklebt worden sind, ist auf Seite 12 rechts neben der Seitenzahl der kleine Zahlstellen- bzw. Gau-stempel beizubringen.

2. In's Ausland reisende Mitglieder haben außer der Abmeldung bei der Zahlstelle bzw. Gau sich noch beim Verbandsvorstand abzumelden unter Abgabe des Mitgliedsbuchs. Die Abmeldung kann nur als erfolgt akzeptiert werden, wenn die betreffenden Mitglieder mit ihren Beiträgen bis zum Tage der Abmeldung auf dem Laufenden sind und die Abmeldung von der Zahlstelle oder Gau korrekt vollzogen ist. Bei der Rückkehr vom Ausland müssen sie sich sofort wieder anmelden.

3. Die durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder wegen militärischen Übungen vom Beitrag befreiten Mitglieder müssen den Grund der Befreiung von der Beitragspflicht im Mitgliedsbuch sich eintragen lassen und sind die mit Quittungsmarken dann nicht zu beklebenden Felder mit dem kleinen Stempel zu bedrucken. Auf der Reise befindliche Mitglieder haben letzteres am Ende jeder Woche von der Zahlstelle vornehmen zu lassen, die sie in der genannten Zeit berühren. Jedes Mitglied muß durch sein Mitgliedsbuch jederzeit nachweisen können, wann es Beiträge

geleistet und wann es am Orte oder auf der Reise von der Beitragspflicht befreit war.

4. Arbeitslos werdenden Mitgliedern, welche mit der Beitragsleistung noch im Rückstand sind, dürfen Legitimationen zum Bezug von Unterstützung nicht verahsolt werden.

Nachzahlung restierender Beiträge zu dem Zwecke, Unterstützung bekommen zu können, ist nur gestattet, wenn nicht mehr als sechs Wochenbeiträge im Rückstand sind.

5. Ausgeschlossen nach den Bestimmungen des § 15b im Statut wurde auf Antrag der Zahlstelle Ullm der Buchbinder Otto Krahl aus Waizen, Buchnummer 25036.

6. Die Genehmigung zur Erhebung eines lokalen Extrabeitrages wurde auf Antrag erteilt der Zahlstelle Bromberg für 5 Pf. pro Woche für männliche und 10 Pf. pro Monat für weibliche Mitglieder, sowie der Zahlstelle Darmstadt für 5 Pf. pro Woche ab 1. Juli 1905.

Der Vorstand.
S. A.: Karl Schulze.

Das A & C der Unternehmerorganisationen.

Das gewaltige Wachstum der deutschen Gewerkschaften mit dem damit verbundenen Streben nach Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Arbeiterinnen mußte naturgemäß einen Widerstand der Unternehmer hervorrufen. War in den früheren Jahren dieser ein weniger starker, so lag es daran, daß die Arbeitgeber sich damals Organisationen, zur Abwehr der unberechtigten Bestrebungen der Arbeiter noch nicht geschaffen hatten. In den letzten Jahren hat sich darin nun aber „eine Wendung zum Besseren“ für die Unternehmer vollzogen, der die Arbeiter ihre volle Aufmerksamkeit nicht versagen dürfen. Nicht nur, daß sich die Arbeitgebervereinigungen zur Wahrung beruflicher Interessen geschaffen haben, sondern sie haben auch zugleich Kreuzverbände gegen die Arbeiterschaft errichtet und dieselben unter sich zielsicher zu verbinden getrachtet. Der zum Teil sehr heftige Widerstand, den die Arbeiter bei ihren Lohnbewegungen in den letzten Jahren gefunden haben, ist zum übergroßen Teil darauf zurückzuführen. Auch die so sehr häufig im Anschluß an Streiks und Lohnbewegungen erfolgten Aussperrungen sind das Resultat des vereinten Zusammenwirkens der Unternehmer. An dieser Aussperrungstaktik scheinen nun die Arbeitgeber sehr großen Gefallen gefunden zu haben. Sie sind daran, sie systematisch zu vervollkommen. Den Vorantritt will der „Gesamtverband deutscher Metallindustrieller“ machen. Eines seiner Mitglieder, der Landtagsabgeordnete Wendt-Altona, hat einen Entwurf verfaßt, der die Aussperrungstaktik in dieser Unternehmerorganisation regeln soll. Da zu erwarten, daß auch andere Verbände der Arbeitgeber in ihrer sozialpolitischen Rückständigkeit sich das von Herrn Wendt aufgestellte und von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ warm empfohlene Rezept zur Niederknüttelung der Arbeiterschaft zu eigen machen werden, wollen wir dieses zeitgeschichtliche Dokument unseren Mit-

gliedern in seinem Wortlaut nicht vorenthalten. Ob in die Praxis überseht der Entwurf sich bewähren wird, mag dahingestellt sein. Das steht aber zweifellos fest, wird diese Methode in Anwendung gebracht, werden die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr denn je gezwungen, Schutz und Hilfe bei ihren Organisationen zu suchen. Herrn Wendt wird dann mit das Verdienst genügen, daß die gewerkschaftlichen Verbände in bis jetzt ungeahnter Weise sich entwickeln werden. Dem wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Der Entwurf lautet:

§ 1. (1) Der Antrag auf eine Aussperrung seitens des Gesamtverbandes kann nur von einem Bezirksverbande oder von einem dem Gesamtverbande angeschlossenen Vereinigung gestellt werden.

(2) Dem Antrage muß eine eingehende Darlegung des Streitfalles beigefügt werden.

(3) Der Antrag auf Aussperrung kann erst dann gestellt werden, wenn die Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern der betroffenen Firma oder mit der streikführenden Arbeiterorganisation erfolglos verlaufen sind.

§ 2. (1) Die Geschäftsstelle des Gesamtverbandes hat sofort nach Eintreffen eines nach den Bestimmungen des § 1 zu Recht bestehenden Antrages eine Ausschussung zu berufen, welche innerhalb einer Woche nach dem Eingang des Antrages statifinden muß.

(2) Die Einladungen zu diesen außerordentlichen Ausschussungen müssen mindestens vier Tage vor der Sitzung zur Post gegeben werden.

(3) Jeder Einladung muß eine Abschrift des Antrages mit seinen Beilagen (§ 1 Abs. 3) hinzugefügt werden.

§ 3. Ein Exemplar des Aussperrungsantrages, sowie der Beilagen (§ 1 Abs. 3) ist gleichzeitig an die Zentralorganisationen der auszusperrenden Arbeiterkategorie (z. B. dem deutschen Metallarbeiterverband in Stuttgart) einzusenden, damit denselben Gelegenheit gegeben wird, den Streik auf dem Wege gütlicher Verhandlungen zu beendigen.

§ 4. An solchen etwaigen Verhandlungen (§ 3) muß, wenn es von einer der beiden Parteien verlangt wird, der Vorstand des Gesamtverbandes durch Delegation mindestens eines seiner Mitglieder sich beteiligen. Dem oder den Vertretern des Gesamtverbandes sind mehrere Vorstandsmitglieder von unbeteiligten Bezirksverbänden oder angeschlossenen Vereinigungen beizunordnen.

§ 5. (1) In der Ausschussung wird über die Annahme oder Ablehnung des Aussperrungsantrages Beschluß gefaßt. Durch die Annahme des Antrages wird gleichzeitig festgestellt, daß die betreffende Firma in berechtigter Streikabwehr sich befindet und daß die vom Ausschusse beschlossene Aussperrung im Bereiche des Gesamtverbandes berechtigt ist.

(2) Durch die etwaige Ablehnung des Antrages ist nicht ohne weiteres als erwiesen zu erachten, daß die betreffende Firma sich nicht in berechtigter Streikabwehr befindet.

(3) Ueber die Frage der Berechtigung der Streikabwehr bedarf es vielmehr einer besonderen Verhandlung und Beschlußfassung.

§ 6. (1) Durch den Aussperrungsbeschluß werden alle Arbeiter, deren Namen mit einem bestimmten Buchstaben des Alphabetes beginnt, ausgesperrt.

(2) Der Aussperrungsbeschluß kann sich auch auf Arbeiter erstrecken, deren Namen mit verschiedenen Buchstaben des Alphabetes beginnen.

(3) Der oder die betreffenden Anfangsbuchstaben der Namen der auszusperrenden Arbeiter müssen im Aussperrungsbeschluß bekannt gegeben werden.

(4) In keinem Betriebe des Gesamtverbandes, mit Ausnahme derjenigen, zu deren Schutze die Aussperrung vorgenommen wurde, dürfen die aus-

gesperrten Arbeiter vor Beendigung der Aussperrung beschäftigt werden.

§ 7. (1) Der Beschluß zur Aussperrung ist nur für die Mitglieder des Gesamtverbandes bindend, welche diese Bestimmungen anerkannt haben.

(2) Aussperrungen des Gesamtverbandes dürfen aber auch nur zum Schutze derjenigen Mitglieder, welche diese Bestimmungen anerkannt haben, beschlossen werden.

§ 8. 1) Der Beschluß der Aussperrung wird unmittelbar nach der Sitzung vom Gesamtverband den sämtlichen dem Gesamtverband angeschlossenen Betrieben direkt (ohne Vermittelung der Bezirksverbände) brieflich mitgeteilt.

§ 9. Jede Firma hat die Aussperrung in ihrem Betriebe unverzüglich, unter Beobachtung der etwa bestehenden Kündigungsfristen, vorzunehmen.

§ 10. (1) Diejenigen Mitglieder, welche den Vorschriften des § 9 offensichtlich zuwiderhandeln, zahlen für jeden Arbeiter, den sie entgegen dem Beschlusse des Gesamtverbandes nicht ausgesperrt haben, für die Dauer der unterlassenen Aussperrung pro Kalendertag eine Strafe von 10 Mk. an die Kasse des Gesamtverbandes.

(2) Diese Strafgebühren sind durch den zuständigen Bezirksverband bezw. durch die zuständige, dem Gesamtverband angeschlossene Vereinigung einzuziehen und an die Kasse des Gesamtverbandes abzuführen.

§ 11. Die Strafgebühren bilden einen besonderen Streifenfonds, welcher dem Vorstande des Gesamtverbandes zur Verfügung gestellt wird.

§ 12. (1) Die sofortige Aufhebung der Aussperrung durch den Gesamtverband erfolgt ohne weiteres auf Antrag desjenigen Bezirksverbandes, auf dessen Antrag die Aussperrung vom Gesamtverband beschlossen wurde.

(2) Außerdem steht es jedem anderen Bezirksverband bezw. angeschlossenen Vereinigung, sowie dem Vorstande des Gesamtverbandes jederzeit frei, die Aufhebung der Aussperrung zu beantragen.

(3) Im Falle des Abs. 2 muß jedoch sofort nach Eingang des Aufhebungsantrages eine Ausschüßung stattfinden, deren Einberufung nach den im § 2 angeführten Bestimmungen zu erfolgen hat.

§ 13. Wird in dieser Ausschüßung (§ 12 Abs. 3) die Aufhebung der Aussperrung beschlossen, so hat der Gesamtverband diesen Beschluß sofort direkt seinen angeschlossenen Firmen zu übermitteln, wodurch die Aufhebung der Aussperrung erfolgt.

§ 14. Diese Vorschriften treten am . . . in Kraft.

Zur Agitation in der Kartonnagen-Branche.

Die ausgebreitetste Nebenbranche in unserem Beruf ist ohne Zweifel die Kartonnagenbranche. Von den kleinsten Anfängen handwerkmeisterlicher Betriebsweise hat sich dieselbe zu einem über ganz Deutschland ausgedehnten

und nicht wenig Profit abwerfenden Industriezweig entwickelt. Die zahlreichen Entstehungen neuer und Erweiterungen alter Betriebe legen hiervon beredtes Zeugnis ab. Trotz dieser Ausdehnung und trotz der gewaltigen Entschleisungen neuer Absatzgebiete für Kartonnagen aller Art finden wir fast nur Mittel- und Kleinbetriebe vor. Die verhältnismäßig wenigen vorhandenen, nach den Grundzügen kapitalistischer Ausmacherei geleiteten modernen Großbetriebe bilden Ausnahmen, die das Vorhergesagte bestätigen. Die also am meisten verbreiteten Mittel- und Kleinbetriebe, die sich infolge ihrer Schmutzkonkurrenz nur durch schonungslose Ausbeutung der Arbeitskräfte zu behaupten vermögen, beschäftigen die weitaus größte Zahl der Angehörigen der Kartonnagenbranche.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in denselben spiegeln sich selbstverständlich entsprechend wieder. Fast durchgängig ist eine mittelalterlich lange Arbeitszeit anzutreffen. Mit 10, 11, 12, nicht selten mit 13- und 14stündiger Fronde eringt sich der Kartonnagenarbeiter die „Freuden des Lebens“. In der gleichen beschämenden Weise äußert sich die völlig unzulängliche Entlohnung. Daß ältere, tüchtige Kartonnagenarbeiter mit einem Verdienst von 10 Mk. pro Woche und darunter heimgeschickt werden — und nicht bloß vielleicht in Annaberg-Buchholz — mag hier nur als Beispiel angeführt sein, könnte aber nötigenfalls auch mit Beweisen belegt werden. Die Behandlung, die Ergreifung und Handhabung von hygienischen und sanitären Maßnahmen, die Befolgung der Arbeiterschutzgesetze usw. entsprechen dem vollständig. Zu allen diesen Mängeln gesellen sich noch die immer stärkere Inanspruchnahme der weiblichen Arbeitskraft und die in den krassesten Formen erscheinende Ueberhandnahme der Hausindustrie. Das alles sind Tatsachen, die durch nichts weder abgeschwächt, noch widerlegt werden könnten, die aber mit Energie zu beseitigen, wir endlich einmal Schritte tun müssen. Die Art und Weise des bisherigen Vorgehens zur Organisierung der Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen ist nach den gemachten Erfahrungen nicht angetan zur Herbeiführung besserer Organisationsverhältnisse. Wenn den bisherigen Bemühungen bisher der Erfolg zumeist oder wohl richtiger stets ausblieb, so ist diese Tatsache ohne weiteres auf den Mangel an Selbständigkeit der Kartonnagenarbeiter zurückzuführen. Es fehlt eben fast überall die Selbständigkeit und eine gewisse Ellenbogenfrei-

heit bei den Versuchen, die Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Wege zu leiten. Der gute Wille einzelner Funktionäre oder Verwaltungen genügt bei der eigenartigen, dem Buchbinder meist vollständig fremden Produktionsweise eben nicht, um die Interessen der Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen sachgemäß und energisch vertreten zu können. Die Buchbinder würden sich mit Recht bestens bedanken, die Wahrnehmung ihrer Interessen in die Hände von Kartonnagenarbeitern zu legen. Nun bestehen aber seit längerer Zeit einige Zahlstellen, deren Mitglieder sich ausschließlich aus Angehörigen der Kartonnagenbranche rekrutieren. Ihre Existenzfähigkeit haben sie in der Zeit ihres Bestehens bewiesen, können aber trotz der steigenden Tendenz ihrer Mitgliederzahl sich nicht an die Frage der Einleitung einer Lohnbewegung heranwagen. Dieser Mißstand ist die Wurzel aller Uebel.

Um nun Remedur zu schaffen, mögen einige Vorschläge folgen. Zunächst erscheint die Schaffung einer Zentralstelle für die Kartonnagenarbeiter als unumgänglich notwendig. Derselben viele vorerst die wichtige Aufgabe zu, in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand statistische Erhebungen über die Verhältnisse im Beruf zu veranstalten und das gewonnene Material in geeigneter Weise den Kollegen zu unterbreiten. Des Weiteren hätte sie alle die Abschlüsse von Tarifverträgen betreffenden Vorarbeiten zu erledigen, und müßte insbesondere befugt sein, bei eintretenden Differenzen vermittelnd einzugreifen. Auch die Frage der Einberufung einer Konferenz für Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen ist diskutierbar. Von seiten des Verbandsvorstandes dürften dieser Einberufung Schwierigkeiten wohl nicht gemacht werden, da nach Aussage des Kollegen Hauelsen auf der vorjährigen Gewerkschaftskonferenz in Gera „eine solche Arbeitsteilung nur förderlich für uns sein kann und wenn nötig und nützlich auch andere Branchen dazu greifen werden.“ Nützlich würde eine solche Konferenz insofern sein, als sie wesentlich zur Klärung der Situation beitragen dürfte, andererseits aber gerade diese Klärung besonders nützlich. Der Vorstand der Zahlstelle Offenbach wurde durch Beschluß beauftragt, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen; dieser scheint aber statt an den Verbandsvorstand, ins „Vergessen“ geraten zu sein. Hoffentlich geschieht es jetzt noch. Diese Vorschläge seien hiermit den Kollegen zur Diskussion und Kritik übergeben. Mögen dieselben

2.

Wie freudig erregt wir waren, als sich der Zug endlich in Bewegung setzte!

Freund Paul hatte sein Malgerät mitgenommen, ich trug nur ein Buch in der Tasche. Der Zug fuhr zuerst längs der Wiedre, diesem überfließenden Flüsschen, das das rötlichschmutzige Wasser der benachbarten Gerbereien mit sich führt, entlang. Dann durchquerte er die trostlose Ebene von Montrouge, wo sich nur riesige Windräder am Horizont erheben und sonst nichts als Wüstenei zu sehen ist. Dann endlich zeigt sich ein gründer Hügel, das Dörfchen Bichère zu seinen Füßen, hinter Pappelbäumen halb verborgen.

Und wir stehen am offenen Fenster, lehnen uns hinaus und atmen in vollen Zügen den ersten frischen Lufthauch, den geliebten Duft von Gras und Erde freudig ein.

Dieser erfrischende Hauch weht uns Bergessenheit zu. Paris liegt hinter uns und vor uns das Paradies, von dem wir sechs lange Wochentage hindurch sehnsüchtig träumen.

Wir stiegen in der Station Fontenay-aux-Roses aus. Es befindet sich dort eine herrliche Baumallee. Aber bald gingen wir querfeldein und schlugen endlich einen schmalen Fußsteig ein, der sich am Badesrande dahinschlängelt.

Hier war es köstlich: zur Rechten, zur Linken blühende Blumenfelder, Felder über und über mit Seltiotropfpflanzen bedeckt, und Rosen, massenhaft Rosen. Die Gegend wird von Gärtnern bewohnt, die die schönsten Blumen züchteten, und hier wachsen Veilchen und Rosen, wie anderswo Getreide. Man geht wie durch ein Meer von

Wohlgerüchen und allenthalben sieht man Frauen und Mädchen, welche duftende Ernte halten; wagenweise werden all diese Rosen, Nelken, Levkojen nach Paris geführt.

Endlich gegen acht Uhr erreichten wir die Schenke der Mutter Sens. Ich glaube, daß die gute Frau nunmehr schon das Zeitliche gesegnet hat.

Diese Schenke, welche zwischen Fontenay-aux-Roses und Robinson lag, hat ihre eigene Geschichte. Eine Malerschar, der neuen realistischen Schule angehörend, hat sie gegen das Jahr 1845 entdeckt und in Mode gebracht; Courbet herrschte dort eine Zeitlang und es ging sogar die Sage, daß das große Wirtshauschild vor der Türe, welches einen ganzen Berg von Fleischstücken, Geflügel und Gemüse darstellt, zum Teil ein Werk seines Pinsels wäre. Wie dem auch sei, diese Schenke war ein höchst angenehmer Aufenthalt. Man saß unter prächtigen Bäumen an ungedeckten Tischen, trank aus irdenen Krügen einen säuerlichen Wein und aß die berühmten Kaninchen-Triskaffee.

Zu der frühen Morgenstunde, zu der wir anlangten, gab's noch keine Gäste, wir waren die einzigen. Trotzdem herrschte hier schon reges Leben, die Mägde hatten vollauf zu tun, sie putzten Gemüse, rupften Hühner und zogen Kaninchen ab, lauter Vorbereitungen für den Mittagstisch.

Wir nahmen an einem der regengeschwärmten Tische Platz und ließen uns den ersten Morgenimbiß trefflich munden. Es war hier im Schatten, unter den mächtigen Bäumen noch etwas kühl, aber wir waren so glücklich, der Stadt, den engen

Durch Wald und Flur.

(1880—85.)

Von Emile Zola.

(Fortsetzung.)

Im Walde.

1.

Oft und gern gedenke ich der Ausflüge, die wir, mein Freund Paul und ich, vor zwanzig Jahren nach dem Walde von Verrieres machten. Mein Freund war Maler und ich war damals nur ein armer Buchhandlungsgehilfe, den niemand kannte. Zu jener Zeit — ich zählte zwanzig Jahre — machte ich Berse, die heute wohlgegart in einer verborgenen Lade den ewigen Schlaf schlafen. Auf dem Lande erzogen, an freie Luft und Bewegung gewöhnt, ward ich durch dies abgesperrte Leben in den vier Wänden des Kontors schier zur Verzweiflung gebracht und meine Leidenschaft für das Land war im steten Zunehmen; ich konnte den Sonntag, den Tag der Freiheit kaum erwarten, und schon von Montag an sehnte ich ihn wieder herbei.

Chemals in Niz, da konnten wir täglich in der Umgebung stundenlang durch Feld und Flur streifen, im Koffalle im Freien übernachten — in Paris war das nicht möglich: die unerbittlichen Bureaustunden verlangten pünktliche Heimkehr. Nur der Sonntag war unser und wir bemühten stets den ersten Zug, um so früh als möglich ins Freie zu gelangen.

den noch indifferenten Kartonnagenarbeitern den Beweis liefern, daß es uns ernst ist mit der Hebung ihrer Lebenslage; mögen sie aber auch andererseits der erste Schritt sein zur gemeinsamen Regelung der Arbeitsverhältnisse und zur Herbeiführung eines einheitlichen Lohnsystems.

H. L.

Aus dem Jahresbericht der Handelskammer zu Offenbach a. M. für das Jahr 1904.

deren Syndikus der bekannte Herr Schloßmacher ist, der zugleich den Vorsitz in der Fabrikanten-Vereinigung der Portefeuilles- und Sattlerbranche führt, ist manches auch für weitere Kreise Interessante zu ersehen. Der allgemeine Bericht über die Geschäftslage des Bezirks stellt da u. a. fest, daß der Güte- und Fellhandel die frühere Höhe seines Umsatzes nicht zu erzielen vermochte, da der Zusammenschluß der Metzger zum gemeinsamen Verkauf der Güte dem Zwischenhandel das Feld für seine „vermittelnde Tätigkeit“ beengte. In chromaren gespaltenem Kalbleder konnte der Nachfrage nicht immer genügt werden. In lackierten Baretten und farbigem Kindleder war der Absatz für die Portefeuilles-Industrie ein schwächerer, das russische Geschäft brachte in Anbetracht des Kriegszustandes und der „großen Unsicherheit der Gestaltung der Dinge im Innern Rußlands“, die besondere Vorsicht erforderte, einen beträchtlichen Mißfall. Mit der eben erwähnten kleinen Abschwächung des Bedarfs an farbigem Kindleder hatte übrigens auch die Herstellung anderer Leder für Portefeuilles- und Buchbinderzwecke zu rechnen. Der Handel in Portefeuilles- und Buchbinderleder befand sich bei dieser Sachlage in einer keineswegs günstigen Lage. Für hochpreisige Leder fand sich zwar fortgesetzt guter und vermehrter Absatz, doch waren die billigeren Sorten nur zu sehr gedrückt Preisen anzubringen. Das Angebot von besseren Futterartikeln aus Stoffen und Papier für Futterzwecke erschwerten den Verkauf.

Der Bericht erwähnt dann speziell für die Portefeuilles-Industrie die hohen Rohmaterialienpreise, die seit den 90er Jahren ununterbrochen in der Steigerung begriffen seien und heute 30 Proz. höher als damals ständen. Ferner erwähnt der Bericht ein fortgesetztes Steigen der Feinarbeit, um die Aufträge der dreimonatlichen Herbstsaison, in der $\frac{2}{3}$ der ge-

samten Jahresproduktion fertiggestellt werden müßten, bewältigen zu können. Die Löhne seien ziemlich unverändert geblieben; ja „vereinzelte“ seien billige Massenartikel „der schlechten Geschäftslage entsprechend“ etwas billiger hergestellt worden. Im Anschluß an diese Feststellung gewiß nicht glänzender Löhne wird der Hausindustrie eine keineswegs gute Zensur ausgestellt: denn es heißt da:

„Die Ausbildung des Nachwuchses in der Portefeuilles- und Lederwaren-Industrie erfüllt uns mit wachsender Sorge; in der Hausarbeit findet eine systematische und gründliche Ausbildung der jungen Leute in allen Teilarbeiten bezw. in der Herstellung aller Sorten kaum statt, da die Hilfskräfte möglichst rasch in möglichst hohem Maße im Dienste des Lehrmeisters nutzbar gemacht werden sollen. Das Anwachsen der Hausindustrie auf Kosten der Fabrikarbeit ist in dieser Beziehung keineswegs eine erfreuliche Erscheinung.“

Dann erfolgt eine Schilderung der ungünstigen Lage des Exportgeschäftes nach England, Rußland und Nordamerika, und bei dieser Gelegenheit heißt es u. a.: „Der russische Markt dürfte übrigens, abgesehen von der Lieferung von Neuheiten und durch Material und Arbeit besonders hochfeinen Artikeln, bei den demnächst in Kraft tretenden neuen Zollverhältnissen endgültig verloren gehen.“

Bezüglich der Vereinigten Staaten heißt es, daß dort im allgemeinen überhaupt nur noch hochfeine Sachen und originelle Neuheiten gekauft werden; Nachbestellungen wurden aber nicht gemacht, weil alles nachgemacht wird und dann zu billigeren Preisen auf den Markt gebracht werde, was durch die hohen Eingangszölle Nordamerikas ermöglicht und erleichtert werde. Genau so, ja vielmehr in noch verstärkterem Grade, werde es in Rußland gehen. Kanada, dieser einst für Deutschland recht gute Markt, sei jetzt ganz für uns verloren, da es nur noch von Nordamerika kaufe.

Um das recht grau in grau gehaltene Bild der gegenwärtigen Situation auch für die Zukunft nicht besser erscheinen zu lassen, gehörten noch die Auslassungen des Berichtes über die neuen Handelsverträge hierher gesetzt. Wir wollen hieraus nur folgende Sätze zitieren:

„Für unseren Bezirk haben die mit Rußland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz abgeschlossenen Verträge eine recht befagenswerte Bedeutung, und auch die übrigen Ab-

Wauern entronnen zu sein, nichts hätte uns vermocht, in die Stube zu treten.

Ah, wie die frischten Eier trefflich schmeckten an jenem schönen Sonntagmorgen im Frühling!

Wenn wir uns nach beendetem Frühstück wieder aufmachten, begann es schon warm zu werden und wir schritten kräftig aus, um rasch in den Wald zu kommen. Wir mußten, ehe wir Lunay erreichten, ungeheuer große, weitgedehnte Erdbeerfelder durchqueren. Nach den Rosen kamen hier die Erdbeeren, sie werden fast ebenso massenhaft gezogen wie die Blumen und in die Hauptstadt geschickt. An Ort und Stelle verkauft man sie nach Pfunden und Sonntags abends kommen zahlreiche Familien aus der Umgebung und bringen riesige Schüsseln mit, die sie sich mit den großen, duftenden, leuchtend-roten Früchten füllen lassen. Dann setzen sie sich am Rande der Felder nieder und essen sich an den Erdbeeren halb krank.

Gegen neun Uhr erreichten wir Lunay, einen Weiler, der nur aus wenigen Häuschen besteht. Hier beginnt das berühmte Wolfstal „La Vallée aux Loups“, das seinen Ruf dem Besuch Châteaubriands verdankt. Nun wendet sich der Weg und man kommt in eine wahre Wüstenei; es ist, als wäre man in einem Steinbruch geraten, rechts und links erheben sich schräg aufragende Steinmassen, während der Boden mit feinstem gelblichem Sand bedeckt ist, so daß man darin, wie am Meeresstrand, fußtief wadelt. Aber bald erweitert sich die Schlucht, Felsblöcke schauen zwischen Baumgruppen hervor und vor uns steigt der Hochwald auf. Hier, am Ausgange des engen Tales, liegt die ehemalige Festung

Châteaubriands, ein merkwürdiges Haus von seltsam romantischem Anstrich: Gotische Türmchen und Erker mit Bogenfenstern scheinen einem gewöhnlichen Hause erst aufgesetzt und eingefügt worden zu sein.

Indes steigt der Weg immer aufwärts, er wird immer wilder und führt an tiefen Schluchten dahin. Zwischen hochauftretenden Felsen wachsen verkriechelnde Farnen. Die Sonne sendet ihre heißesten Strahlen herab und im Hochsommer glaubt man sich hier in irgend einem Winkel der Provence.

Endlich erreicht man das Plateau, ein weiter Horizont breitet sich aus, und dort ganz am äußersten Ende hebt sich wie eine dunkle Linie der Wald von Verrières vom Himmel ab.

Wenn man, um den Wald zu erreichen, den Rand des Plateaus entlang schreitet, sieht man zu seinen Füßen das ganze Vivarais und dann eine schier endlose Kette von Hügeln, die sich je entfernter, immer tiefer violett färben und sich endlich am äußersten Horizont ins Farblose verlieren.

Dazwischen breiten sich Dörfer aus, ziehen sich Pappelfallen, liegen schönbehaute, wohl geschiedene Felder, die in allen Abstufungen von gelb und grün prangen, wie das bunte Kleid eines Harlekins.

Da und dort leuchten weiße Punkte hervor, es sind zerstreut liegende Gehöfte, deren weiß getünchte Gebäude in der hellen Sonne weithin erglänzen.

Nirgends hatte ich in so hohem Grade wie hier den mächtigen Eindruck der Weite. (Fortsetzung folgt.)

schlüsse lassen zum Teil außerordentlich viel zu wünschen übrig. Wir befürchten, daß ein sehr großer Teil der Ausfuhr der zahlreiche Spezialitäten für den Weltmarkt herstellenden und sich in der Hauptsache darin betätigenden Industrie unseres Bezirks auf Grund dieser Neugestaltung der Handelsbeziehungen Deutschland zum Auslande verloren gehen wird. Bezeichnend für die Art, wie die Interessen der Ausfuhrindustrie bei den Verträgen gewahrt worden sind, ist die Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn gegenüber, welches ebenso leistungsfähige Industrie feiner Lederwaren hat wie Deutschland, die Lederwarenzölle unseres Zolltarifs gebunden worden sind, trotzdem die österreichischen Zölle das doppelte und dreifache der deutschen Zölle für Lederwaren ausmachen. Wir vermögen nicht zu begreifen, wie es mit der Volkswohlfaht Deutschlands vereinbar sein soll, daß bei jährlich sehr erheblich steigendem Mehrbedarf an Nahrungsmitteln über die heimische Erzeugung hinaus, und bei sonach fortgesetzt erheblich wachsenden Zahlungen an das Ausland für die Entnahme derselben vom Weltmarkte auch noch mit einem Rückgang der Ausfuhr von industriellen Erzeugnissen und einer damit Hand in Hand gehenden Mindereinnahme an Verbergütungen des Auslandes an uns gerechnet werden muß.“

Ferner heißt es: „Die Ubumfabrikation, welche gegen frühere Jahre infolge der Mode gewaltig zurückgegangen ist, und in ganz Deutschland nach den Produktionserhebungen des Reichsamtes des Innern kaum noch für eine halbe Million Mark Waren nach dem Fakturwert herstellt, hat eine Minderung gegen das Vorjahr nicht erfahren.“

Ueber den Außenhandel in Leder und Lederwaren in den letzten drei Jahren wird nach den Ausschreibungen des Kaiserlich Statistischen Amtes aufs schlagendste die steigende Tendenz der Einfuhr aller Arten feiner Lederwaren sowie die verminderte Ausfuhr feiner Lederwaren ohne Verbindung mit anderen Materialien dokumentiert.

Aus dem Spezialbericht über Papierbearbeitung und polygraphische Gewerbe setzen wir noch folgendes her: „Die Geschäftslage der Kartonnagefabrikation war besser als in den letzten Jahren, dagegen ziemlich unverändert hinsichtlich der Gestaltung der Einkaufs- und Verkaufspreise. Es machte sich sehr starkes Angebot bemerkbar. Vermehrung der Arbeitskräfte wurde nötig, wobei Mangel an weiblichen und namentlich geschulten Arbeitskräften sehr fühlbar wurde. Gelegentlich mußte die Arbeitszeit ausgedehnt werden. Die Löhne verhielten sich eher steigend.“

Nun was das Letzte anlangt, so ist darauf nicht allzubiel zu geben, denn dieser Passus kommt im Bericht öfter vor, ohne daß man im allgemeinen etwas von diesem Mehrerdienst gewahr wurde. Die Vorgänge bei der Kommandit-Gesellschaft Dieckel haben ja seinerzeit gezeigt, daß alles andere eher als Lohnerhöhungen zu verzeichnen ist. Unter solchen Umständen ist es dann auch nicht verwunderlich, wenn über Mangel an geschulten Arbeitskräften geklagt wurde.

Aus dem Berliner Verbandsleben.

Jeder unbefangene Kollege, der die Korrespondenzen aus den einzelnen Zahlstellen in unserer Zeitung verfolgt, wird sich wohl schon manchmal gemundet haben, daß gerade Berlin den Raum der Zeitung so oft in Anspruch nimmt. Auch aufgefundenen haben mußten. Wer hierüber Betrachtungen anstellt, könnte zu dem Schlusse kommen, daß dem Verbandsleben seitens der Berliner Mitglieder ein sehr reges Interesse entgegengebracht wird. Leider ist nun aber gerade das Gegenteil der Fall, denn wer die Verhältnisse etwas näher kennt, wird jedenfalls eine andere Meinung haben. Die Zustände, die sich

im Laufe der letzten Jahre in unseren Mitglieder- und Generalversammlungen herausgebildet haben, dringen darauf, daß die Aufmerksamkeit der Kollegenschaft einmal auf die hiesigen Verhältnisse gelenkt wird. Denn so wie die Dinge jetzt liegen, kann es unmöglich weiter gehen. Eine Milderung muß herbeigeführt werden, soll unserem gesamten Verbandsleben nicht unberechenbarer Schaden zugefügt werden.

Bedauerlich ist es allerdings, daß dazu die Zeitung in Anspruch genommen werden muß. Es ist jedoch ausgeschlossen, diese Angelegenheit in Mitglieder- oder Generalversammlungen zu regeln, da sich bei einem großen Teil der hiesigen Kollegenschaft die übliche Gewohnheit eingebürgert hat, jedem Redner, der nicht zur Opposition gehört, nicht nur keine Aufmerksamkeit zu schenken, sondern je nach Umständen ihn niederzubrüllen.

Um sich nicht in Weitläufigkeiten zu verlieren, soll nur die letzte am 14. Mai stattgefundene außerordentliche Generalversammlung dem Zwecke dieser Betrachtungen dienen. Der erste Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit Nachwahlen zur Ortsverwaltung und wurde schnell erledigt. Beim zweiten Punkt jedoch: Anstellungsbedingungen unserer Beamten, konnte einem der Besuch unserer Versammlungen wieder auf ewige Zeiten verleidet werden. Es mag hier eingeflochten werden, daß die beiden Lokalbeamten der Zahlstelle Berlin seither ohne einen festen Vertrag angestellt waren. Da der letzte Verbandstag jedoch für die Beamten unserer Organisation feste Anstellungsbedingungen ausgearbeitet hatte, glaubten auch die Beamten der Zahlstelle Berlin, welche bereits seit 9 bzw. 3 Jahren tätig sind, darauf dringen zu müssen, endlich einmal in ein geregeltes Vertragsverhältnis zu treten. Dieser Wunsch war jedenfalls gerechtfertigt. Denn nicht nur im Interesse der Angestellten, sondern auch im Interesse der Zahlstelle mußte es liegen, für beide Teile verbindliche, den heutigen Verhältnissen entsprechende Vereinbarungen zu schaffen. Die Ortsverwaltung, welche als solche die Beamten angestellt hat, legte bereits im Januar dieses Jahres einer kombinierten Werkstätten-Vertrauensmännerversammlung einen Vertrag vor, der mit dem auf dem Dresdener Verbandstag ausgearbeiteten Anstellungsbedingungen identisch war. Derselbe wurde nach einigen unwesentlichen Abänderungen von den Vertrauensmännern angenommen und der nächsten Versammlung zur Annahme empfohlen. Was aber die Vertrauenspersonen in ihrer Zusammenkunft beraten und gutgeheißen hatten, wurde in der nächsten Generalversammlung nicht nur in ganz unseiner Art und Weise kritisiert, sondern einfach rundweg abgelehnt. Indem man eine Fünferkommission wählte, um einen neuen Entwurf auszuarbeiten zu lassen, stellte man den Vertrauensleuten jedenfalls ein Mißtrauensvotum aus, wie es einer ähnlichen Körperschaft wohl selten geboten werden dürfte. Da die Vertrauensleute als solche aus den Kreisen ihrer Kollegen und Kolleginnen gewählt sind, also deren Vertrauen besitzen müssen, ist es um so trauriger, daß der von diesen empfohlene Entwurf einer solchen Nichtachtung verfiel. Zwingen kann die hiesigen Mitglieder ja niemand, die Beamten nach dem vom Verbandstag ausgearbeiteten Beschluß anzustellen, aber die moralische Verpflichtung haben sie unter allen Umständen, Verträge zu schaffen, welche einigermaßen den auf dem Dresdener Verbandstag beschlossenen Anstellungsbedingungen entsprechen. Schreiber dieses ist mit dem feineren von der Ortsverwaltung vorgelegten Entwurf auch nicht in allen Teilen einverstanden; aber ein derartiges Monstrum von Vertrag, wie ihn die Fünferkommission ausgearbeitet hat, zeugt von einer Rückständigkeit, wie man sie wohl in den Kreisen der Unternehmer, nicht aber in den Reihen aufgeklärter und organisierter Arbeiter zu finden erwartet. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, den ganzen von der Kommission ausgearbeiteten Entwurf zu zergliedern, aber zwei Punkte desselben verdienen hier ganz be-

sonders erwähnt zu werden. Es heißt in diesem Entwurf Absatz 2: Das Anfangsgehalt beträgt 1800 Mk. und steigt in den ersten drei Jahren um je 50 Mk. und in den nächsten 5 Jahren um je 30 Mk., bis zu dem Höchstgehalt von 2100 Mk. Jeder private Unternehmer würde sich schämen, Personen, welche bei ihm eine derartige Vertrauensstellung bekleiden, wie sie unsere Beamten doch zweifellos bei uns innehaben, ein derartiges Gehalt anzubieten. Ein anderer Punkt des Entwurfs lautet: In allen Körperschaften unserer Organisation haben die Beamten nur eine beratende, aber keine beschließende Stimme. Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig. Bei der Begründung dieser beiden Punkte wurden von dem Referenten der Kommission Argumente ins Feld geführt, die nicht nur aller Beschreibung spotten, sondern die auch für unsere Beamten, die zwar keine Uebermensch sind, sondern dieselben Fehler haben, wie sie dem einen oder dem anderen von uns naturgemäß mehr oder weniger anhaften, aber von gerabezu beleidigender Natur waren. Damit kommen wir zur Hauptsache, zur Charakterisierung, wie in Berlin Opposition getrieben wird.

Gegen eine gesunde und sachliche, die Grenzen der Kollegialität und des persönlichen Anstandes nicht überschreitende Opposition wird niemand etwas einzuwenden haben. Diese ist notwendig und liegt im Interesse der weiteren Entwicklung unserer Organisation. Aber gerade eine derartige Opposition vermissen wir hier. Mit wenigen Ausnahmen wird in Berlin Opposition getrieben, einestheils aus Gewohnheit, anderenteils aus Unverstand und Bosheit. Jede Kleinigkeit, jeder Fehler, welcher hin und wieder von der Ortsverwaltung oder den sonstigen Funktionären der Zahlstelle gemacht wird, wird in maßloser Art und Weise aufgebauscht und damit Mißtrauen und Zwietracht in die Reihen unserer Mitglieder gesät. Jeder, der es ernst nimmt mit der Organisation, mußte sich sagen, daß unser ganzes Verbandsleben durch eine derartige Opposition aufs schwerste geschädigt wird. Nicht das Interesse der Organisation nimmt man wahr durch eine solche Opposition, wohl aber besorgt man die Geschäfte des Unternehmers. Gegen eine derartige Opposition, die die ganze Agitation, die ganze Aufklärungsarbeit, welche von den einzelnen Funktionären der Zahlstelle geleistet wird, in Frage stellt, muß nunmehr mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Was sollen z. B. neugewonnene Mitglieder, die zum ersten Male eine derartige Versammlung besuchen, für einen Begriff über die Zwecke und Ziele unserer Organisation bekommen, wenn sie diesen Kadav und diese maßlose Geze, welche sich hier eingebürgert hat, mit ansehen und anhören müssen! Es ist höchste Zeit, daß diejenigen Mitglieder der Zahlstelle Berlin, denen die weitere Entwicklung der Organisation am Herzen liegt, durch ihre Mitwirkung zur Beseitigung der eingerissenen Mißstände beitragen, sonst laufen wir Gefahr, daß das ganze Wohl und Wehe der Berliner Mitglieder und ihrer Organisation in Zukunft in den Händen weniger, vollständig unfähiger Menschen liegt. Dies zu verhindern, ist unsere vornehmste Aufgabe. Mögen die Mitglieder der Zahlstelle dies beherzigen, mögen sie es hinnehmen als eine Mahnung, als ein Menetekel in letzter Stunde. Eimer für Viele.

Eine noble Handlungsweise

ließen sich die Mitglieder des Ausschusses und der Berliner Ortsverwaltung der Zentralfrankenkasse gerade nicht zuschulden kommen, als sie die Berliner Mitglieder der Frankenkasse zur außerordentlichen Hauptversammlung auf den Abend des 27. Mai einluden. Denn der Einladung war eine Aufforderung an die Mitglieder beigefügt, die keineswegs den Anforderungen entspricht, wie sie für ein kollegiales Zusammenwirken zur Förderung gemeinsamer Interessen geboten erscheinen. Damit dieses Dokument die gebührende Würdigung der Kollegenschaft in ganz Deutschland finde, möge es hier wiedergegeben sein. Es heißt:

Kollegen, Mitglieder unserer Kasse!

Wenn Sie diese Einladung erhalten, ist es die heiligste Pflicht, derselben Folge zu leisten und in der Versammlung zu erscheinen, um das Wahlrecht auszuüben. Keiner darf fehlen! Als wir Sie vor Jahresfrist zu einer Versammlung riefen, in der Sie entscheiden sollten, ob unsere Kasse mit dem Verband verschmolzen werden soll, haben Sie einstimmig beschlossen, nein, wir wollen unsere Kasse erhalten wissen, und wollen nicht unsere lang erworbenen Rechte für ein Versprechen preisgeben. Will der Verband eine Krankenunterstützung für sämtliche Mitglieder einrichten, so möge er dieses tun, nichts steht dem im Wege, aber unsere Kasse nicht als Versuchsobjekt dazu benutzen.

Jetzt hat ein jedes Mitglied ein Recht, seine Unterstützung zu fordern, später aber, ist dieses eine Verbandsangelegenheit, so kann ihm dieses wohl gewährt werden, niemand aber hat ein flagbares Recht. Wiederum haben drei Verwaltungsstellen den Verschmelzungsantrag gestellt und sechs auf Zuschußkasse. Sollen wir aber denselben Fehler begehen wie die Zentralfrankenkasse der Tischler, welche auch Zuschußkasse geworden ist und in einem halben Jahr 250 000 Mk. Defizit hatte, infolgedessen schleunigst eine außerordentliche Generalversammlung einberufen mußte, um die Unterstützung herabzusetzen und die Beiträge zu erhöhen. Nein, auch dieses wollen wir nicht tun. Lesen Sie den vom Zentralvorstand herausgegebenen Jahresbericht genau durch und Sie werden ebenfalls zu dem Ergebnis kommen, daß unsere Kasse in der jetzigen Form bestehen bleiben muß, damit allen Mitgliedern die lang erworbenen Rechte erhalten bleiben. Die am 15. April tagende Hauptversammlung hat bereits Fürsorge getroffen und schlägt Ihnen auf beigefügtem Stimmzettel die betreffenden Kollegen als Delegierten zur Wahl vor. Die Wahlzeit beginnt Punkt 8 Uhr und endet präzise 10 Uhr, nachdem dürfen Stimmzettel nicht mehr angenommen werden. Kein Mitglied braucht zu warten, sondern jeder kann von 8 Uhr an wählen, jedoch vergesse niemand sein Mitgliedsbuch, da dasselbe vorgezeigt werden muß.

Es werden Ihnen früher oder am Tage der Wahl weitere Vorschläge gemacht werden, auch wird man mit der Devise kommen, nur Verbandsmitglieder zu wählen. Lasse sich keiner täuschen, erst prüfen, ob sie für Erhaltung der Kasse sind. Aber auch alle auf dem Stimmzettel stehenden Kollegen sind Verbandskollegen, ebenso auch politisch organisiert. Auch in diesem Fall hat die Ortsverwaltung Sorge geschaffen, um manchen der Herren, die gern im trüben fischen, den Vorwand zu nehmen. Also auf zur Wahl! Keiner darf am Sonnabend, den 27. Mai, fehlen und keiner zu spät kommen. Die Parole ist: „Wir behalten unsere Kasse wie sie jetzt besteht.“

Der Ausschuß der Kasse. Die Ortsverwaltung.

So wie in Berlin dürften wohl in keiner anderen Verwaltungsstelle der Kasse die von den Mitgliedern in Vorschlag gebrachten Kandidaten heruntergerissen worden sein. Man bezeichnet sie einfach als „Herren, die gern im trüben fischen“. Sind solche Unterstellungen schon der Gipfel der Geschmacklosigkeit, so wird aber jeder Leser dieses Aufrufes gefunden haben, daß die Unterzeichner lediglich diejenigen sind, die mit dieser Machination tatsächlich im trüben gefischt haben. Zeigt doch der Aufruf, daß ihnen dazu jedes Mittel recht war, denn sonst hätte man nicht den Verband in so unmotivierter Weise in den Augen der Massenmitglieder herabzusetzen versucht, ohne auch nur den Versuch zu machen, Beweise dafür zu erbringen, wo der Verband seinen Mitgliedern die diesen statutenmäßig zustehende Unterstützung jemals vorenthalten hat. Jeder Abschätz auf dem gewerkschaftlichen Gebiete weiß, daß die Bestimmung, wonach ein flagbares Recht der Mitglieder nicht besteht, nur deshalb im Statut Aufnahme gefunden hat, um nicht die Gewerkschaftskasse unter staatliche Aufsicht zu bringen. Dessenungeachtet brüftet man

sich damit, Verbandsmitglied zu sein. Und nun der Hinweis auf die Zuschußkasse der Tischler. Einerseits beweist man durch nichts, daß nur durch die Umwandlung der Kasse in eine Zuschußkasse sich die Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung der Leistungen notwendig gemacht habe, und andererseits unterläßt man den Hinweis darauf, daß die Ortsverwaltung die Erhöhung der Beiträge auf der Generalversammlung in Magdeburg beantragte ohne dafür eine im selben Maße steigende Leistung zu bieten. Aber das tut nichts, wenn nur der Fischzug im trüben gelingt.

Zum Ueberflus erhielten die Mitglieder Stimmsettel zugesandt, die nur die Namen der von der Ortsverwaltung und dem Ausschus vorgeschlagenen und einer Hauptversammlung akzeptierten Kandidaten enthalten.

Gilwahr, ein regelrechter Stimmenfang, durch den bewiesen wird, daß sich die Unterzeichner des Aufrufes des Vertrauens der Mitglieder nicht ganz sicher sind.

Anm. d. Redaktion. Wir geben dieser Einwendung insbesondere deshalb Raum, weil auch wir der Ansicht sind, daß der Hinweis auf die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, für die den Mitgliedern ein flagbares Recht nicht zusteht, durchaus deplaziert ist. Weil wir aber auch andererseits der Ansicht sind, daß der Ausschus der Krankenkasse sich nicht hätte sollen an dieser Aktion beteiligen.

Internationales.

Der dänische Verbandstag.

Der dänische Buchbinderverband hat am 23. und 24. April in Kopenhagen seine vierte Delegiertenversammlung abgehalten. Anwesend waren 7 Vertreter des Hauptvorstandes und 20 Delegierte: 12 von Kopenhagen, unter ihnen 5 Kolleginnen, und je 1 Delegierter von Aarhus, Aalborg, Rolding, Vejle, Rästved, Nyborg und Odense. Außerdem war als Vertreter des Schwedischen Buchbinderverbandes August Björkdahl aus Stockholm erschienen.

Der Geschäftsführer S. Olsen gab den Bericht über die seit der vorigen Delegiertenversammlung verfloffenen 5 Jahre. Er gedachte dabei seines Vorgängers, des vor ungefähr zwei Jahren verstorbenen Kollegen E. Rosendahl, der mit großem Eifer und Energie im Dienste des Verbandes gewirkt hat. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Der Redner erwähnte sodann die große Arbeitslosigkeit, die, wie in den meisten Gewerben, auch in der Buchbinderei ihren verderblichen Einfluß geltend gemacht habe. Auf Grund vierjähriger Erfahrung kalkuliert man auf dem Verbandstag von 1900 die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung auf ungefähr 1300 Kronen jährlich. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Summe viel zu niedrig bemessen war. Nach der über die vom 1. Juli 1899 bis zum 30. Juni 1904 verfloffenen 5 Jahre ausgenommenen Statistik nahm die Arbeitslosigkeit folgenden Umfang an und erforderte folgende Unterstützungssumme:

im 1. Jahr	9 963 Tage	1 551 Kronen
" 2. "	11 298 "	2 038 "
" 3. "	24 111 "	3 658 "
" 4. "	18 099 "	3 290 "
" 5. "	17 670 "	2 331 "

Der Verband hat in dem verfloffenen Zeitraum zwei Lohnbewegungen durchgemacht. Im Jahre 1902 hatten die Arbeitgeber die Tarifgemeinschaften für Kopenhagen und die Provinz gekündigt, wollten die Löhne herabsetzen und sogar die Minimallohnbestimmungen überhaupt abschaffen. Es gelang ihnen nicht. Die alten Verträge wurden mit geringen Abänderungen auf zwei Jahre erneuert. Die zweite Lohnbewegung wurde dadurch hervorgerufen, daß der Verband die Tarifverträge auf den 1. Februar 1904 kündigte. Die Arbeitgeber veranstalteten darauf eine allgemeine Aussperrung, die jedoch etwa nach 3/4 monatiger Dauer mit einem Siege für die Arbeiter endete. Bereits im ersten Jahre unseres neuen Vertrages belief sich die Lohn-

erhöhung, so gering sie auch für die einzelnen erscheint, für alle Verbandsmitglieder zusammengerechnet, auf zirka 25 000 Kronen. Am 1. Juli d. J. steigen die Minimallöhne wieder um 1 Dore und am 1. Juli 1908 abermals um 1 Dore. Ein wichtiger Erfolg ist es auch, daß zum ersten Male ein Minimallohn für die Arbeiterinnen festgesetzt wurde, der in allen Provinzorten gilt. Die Aussperrung erforderte 66 269,86 Kronen Unterstützungsausgaben.

Der Verband zählt jetzt 10 Ortsabteilungen mit zusammen 739 Mitgliedern. Das Verhältnis zu den ausländischen Bruderverbänden ist das denkbar beste, was sich namentlich auch bei der großen Aussperrung gezeigt hat. Mit Schweden und Norwegen besteht bereits seit 1900 ein Uebereinkommen über gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen. Später wurde ein Abkommen über gegenseitige Reiseunterstützung mit Schweden getroffen und im vorigen Jahre auch mit Norwegen. Aber am 1. Juli dieses Jahres tritt ein neues Uebereinkommen der drei Länder in Kraft, wonach die Verbandsmitglieder in ganz Skandinavien Reise- und Arbeitslosenunterstützung beziehen können. Auch in dem Verhältnis zum deutschen Verband, der der erste war, mit dem ein gegenseitiges Abkommen getroffen wurde, sind bedeutende Verbesserungen durchgeführt worden, so daß die Mitglieder von dem einen zum anderen Verbände übertreten können unter Verbeibehaltung ihrer Unterstützungsrechte. Gleichzeitig wurde das Gegenseitigkeitsverhältnis auf die Schweiz und Oesterreich ausgedehnt.

Schließlich wird in dem Bericht die vom deutschen Buchbinderverband zum Juli nach Berlin einberufene internationale Konferenz zur Erörterung der die Gegenseitigkeitsverhältnisse betreffenden Fragen erwähnt. Der Hauptvorstand hat beschlossen, daß der dänische Verband hierbei vertreten sein soll. — Dieser Beschluß wurde später von der Delegiertenversammlung sanktioniert.

Der Vorstandsbericht wurde einstimmig gutgeheißen, ebenso die Kassenberichte.

Hierauf wurde über verschiedene Änderungen der Statuten beraten. Mit Rücksicht darauf, daß die dänischen Gewerkschaften wahrscheinlich in einer nicht allzu fernen Zukunft Staatsunterstützung zu ihren Arbeitslohnkassen erhalten werden, wurde beschlossen, daß die Verbandsbeiträge in drei gleich große Teile geteilt in die Hauptkasse, die Streikkasse und die Unterstützungskasse fließen sollen. Ferner wurde die Bestimmung angenommen, daß ein Verbandstag („Delegiertenversammlung“) abgehalten werden muß, wenn mindestens ein Viertel der Verbandsmitglieder oder mindestens vier Ortsabteilungen es schriftlich verlangen. Das Maximum der Streikunterstützung für männliche Familienversorger wurde auf 15 Kronen, für weibliche Familienversorger auf 8 Kronen pro Woche erhöht. — Die Reiseunterstützung wurde auf 20 Kronen erhöht. Die Arbeitsnachweise des Verbandes in Kopenhagen und Vejle (Zitland) haben infolge der Arbeitslosigkeit nicht so funktioniert, wie es wünschenswert gewesen wäre. Dem Hauptvorstand wurde aufgetragen, über zweckmäßige Änderungen in der Arbeitsvermittlung zu beraten. Hinsichtlich ins Ausland reisender dänischer und nach Dänemark reisender ausländischer Kollegen wurden folgende Bestimmungen angenommen: „Ein Mitglied, das ins Ausland zu reisen beabsichtigt, um Arbeit zu suchen, muß, um in den neuen Verband übergeführt zu werden und die Rechte zu bewahren, die ihm auf Grund der Gegenseitigkeitsverträge zustehen, seine Abreise anmelden, worauf er eine dementsprechende Legitimation erhält, doch nur insofern er alle seine Verpflichtungen gegen den Verband oder dessen Abteilungen erfüllt hat. Zureisende organisierte Kollegen vom Auslande werden ohne Eintrittsgeld aufgenommen, wenn sie sich spätestens acht Tage, nachdem sie Arbeit erhalten haben, bei einer Abteilung anmelden. Ihr Mitgliedsbuch auf Grund der mitgebrachten ausländischen Organisationspapiere ausgestellt werden.“ —

„Nachgenossen, die aus dem Auslande zu reisen und hinreichenden Beweis oder Legitimation eines Verbandes vorlegen, mit dem wir in einem Gegenseitigkeitsverhältnis stehen, sind zur Unterstützung im Verhältnis zu den zwischen dem betreffenden Verband und uns zu der Zeit geltenden Bestimmungen berechtigt.“ —

Außer den hier erwähnten wurden noch verschiedene andere Änderungen des Statuts beschlossen, die sich wesentlich auf innere Angelegenheiten des Verbandes beziehen. Auch fand eine kurze Aussprache über die Gegenseitigkeitsverhältnisse mit dem Vertreter des schwedischen Verbandes, Björkdahl, statt. — Im Laufe der Verhandlungen waren von den Bruderverbänden in Schweden, Norwegen und der Schweiz Glückwunschtelegramme eingelaufen. Die Delegiertenversammlung wurde am 24. April, nachmittags 5 Uhr, mit Hochrufen auf den Verband geschlossen.

Korrespondenzen.

Nach der Firma Fritz Gilers jun., Bielefeld, ist Zugzug fernzuhalten.

Hannover. Am Sonnabend den 6. Mai tagte im Ballhof unsere vierteljährliche Generalversammlung. Der Vorsitzende Stübendorf gab den Geschäftsbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: Erfreulicherweise haben wir im verfloffenen Quartal endlich einmal wieder einen nicht unbedeutenden Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, doch kommen hierbei namentlich die Linierer in Frage, die nach langen Jahren wieder für unsere Organisation gewonnen wurden. Bemerkenswert hier werden, daß ein Linierermeister, der früher schon einmal an der Spitze einer Bewegung gestanden hat, von der erfolgreichen Organisierung seiner Linierer unangenehm berührt zu sein scheint. Hoffentlich wird sein Bemühen, durch Redensarten die Linierer von der Organisation zurückzuhalten, nicht gelingen. Der Mitgliederbestand ist gestiegen von 300 männliche und 163 weibliche Mitglieder auf 383 männliche und 172 weibliche, zusammen 555 Mitglieder. Eine bei der Firma Konstantin, Zigarettenfabrik, entstandene Differenz wurde nach einigen Verhandlungen zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt. Als ein besonderes Uebel hat sich hier die von Quartal zu Quartal zunehmende Zahl der Restwochen herausgestellt. Wie stark hier das Restantenunwesen grassiert, erhellt daraus, daß bei 3704 geleisteten Beiträgen, à 50 Pf., 1053 Restwochen zu verzeichnen sind und bei 1948 geleisteten Beiträgen, à 25 Pf., mit 388 Restwochen zu rechnen war. Es ergibt dieses einen Verlust von 551,45 Mk. für die Verbandskasse und einen solchen von 154,77 Mk. für die Lokalkasse.

Hierauf gab Grebe den Kassenbericht. Aus dem Arbeitsnachweisbericht ist besonders hervorzuheben, daß ein bei der Firma Dübemeyer Nachfolger beschäftigt gewesener Kollege ganze 16,50 Mk. bekommen hat, trotzdem doch diese Firma unterschäftlich einen Minimallohn von 21 Mk. anerkannt hat.

In der hierauf folgenden Erstkassenschluß vom Vorstand wurde Barger als Bibliothekar gewählt.

Da sich bei der hier aus lokalen Mitteln ins Leben gerufenen Kranken-Zuschußkasse für Arbeiterinnen schon seit längerer Zeit eine nicht unbedeutende Unterbilanz bemerkbar machte, wurde der Versammlung vom Vorstand ein Antrag auf Einsetzung einer dreigliedrigen Kommission unterbreitet. Diese sollte eine genaue Prüfung der Rechnungslage vornehmen und den Mitgliedern auf dieser Grundlage eine Neuregulierung der Kasse vorschlagen. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag des Vorstandes verworfen, dagegen aber der Antrag Fäschner, der eine dreitägige Karenzzeit bestimmt wissen will, angenommen. Dieser Beschluß tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Früher wurde den Kolleginnen vom ersten Tage an Krankenunterstützung gewährt.

Hierauf wurde von unserem Kartelldelegierten Herzog der Antrag des Metallarbeiterverbandes auf Anstellung eines besoldeten Kartellvorstehenden zur Sprache gebracht. Da dem Kartell ca. 15 000 organisierte Arbeiter angeschlossen sind, haben sich die Geschäfte des Vorstehenden berant gehäuft, daß sie von einem solchen, der tagsüber seiner beruflichen Tätigkeit nachgehen muß, nicht mehr bewältigt werden können. In der letzten Zeit mußten schon Lohnbewegungen, deren Leitung Sache des Kartellvorstehenden ist, vom Arbeitersekretär geleitet werden. Dadurch sind natürlich wieder die Geschäfte des Sekretariats liegen geblieben, so daß unbedingt Abhilfeschaffen werden muß. Zurendwelsche finanzielle Mehrbelastung für die Gewerkschaften würde die Anstellung eines besoldeten Beamten nicht zur Folge haben, da die Finanzlage recht günstig ist. Die Einnahmen des Kartells und des Sekretariats belaufen sich ins-

gesamt auf ca. 12 000 M. jährlich. Es ist deshalb geplant, die Beiträge der Gewerkschaften von pro Mitglied und Jahr 70 Pf. auf 60 Pf. herabzusetzen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner teils für die Anstellung eines dritten Arbeitersekretärs, teils für die Anstellung eines Kartellvorsitzenden aus. Folgende, von Hey eingebrachte Resolution wurde dann angenommen:

„Die heutige Generalversammlung gibt ihren Delegierten das gebundene Mandat, für die Anstellung eines besoldeten Kartellvorsitzenden zu stimmen.“

Als besonders bemerkenswert ist noch zu verzeichnen, daß im Laufe der Diskussion mehrere Redner für die Anstellung eines besoldeten Zahlstellenbevollmächtigten eintraten.

Von Mahnete wurde, wie schon oft, die Verschmelzung der Zentralkrankenkasse mit unserem Verbande angeregt.

Eine längere Diskussion rief die Frage des Vorsitzenden: „Was sollen wir tun, um dem Restantenunterschied zu steuern?“ hervor. Die meisten Redner sprachen sich für Anstellung von Hauskassierern aus, womit, wie Goppert ausführte, verschiedene größere Verbände sowie der Wahlverein sehr gut dabei gefahren sind. Hierbei wurde auch von mehreren Rednern Klage geführt darüber, daß gerade von den Buchbindern so wenige die Arbeiterzeitung, den „Volkswille“, durch Abonnement unterstützen.

Krefeld. Sonntag den 7. Mai fand unsere Generalversammlung statt. Vom Vorsitzenden Bauer wurde der Geschäftsbericht gegeben. Nach denselben haben drei Mitglieder- und eine Generalversammlung stattgefunden. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in drei Sitzungen. Ferner wurden drei Werkstättenbesprechungen von der Firma Markus Meyer abgehalten wegen der dort vorgenommenen Lohnreduktion und sei es nach längeren Unterhandlungen mit dem Chef gelungen, bessere Lohnbedingungen zu erhalten, sodaß die dort beschäftigten Kollegen jetzt noch mehr verdienen, als wie unsere Vereinbarungen sind. Erfreulich sei es aber noch, daß sich sämtliche dort beschäftigten Arbeiter dem Verbande angeschlossen haben. Eine weitere Besprechung über die Buchdruckerei Borns & Lüthgen wäre für uns resultatlos verlaufen. Der Mitgliederbestand stieg von 48 auf 56. Der Kassensbericht ergab folgendes: Die Einnahme der Verbandskasse betrug 436,41 M., die Ausgaben 66,17 M., abgesetzt wurden an die Verbandskasse 200 M., die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 175,91 M., eine Ausgabe von 106,70 M., bleibt ein Bestand von 69,21 M. Für die Mächtigkeit der Kasse wurde dem Kassierer die Decharge erteilt. Hierauf gab Dolle den Kartellbericht von einer Sitzung, in der man sich hauptsächlich mit der Ausperrung der Drauer in Rheinland und Westfalen beschäftigte. Da auch hier in Krefeld die Boykottierung vieler Wirtschaften stattgefunden hat, so wurde darauf hingewiesen, sich auf die Seite der Arbeiter zu stellen und die betreffenden Wirtschaften zu meiden. Sodann wurde noch beschlossen, ein Flugblatt auszugeben zwecks Gewinnung von Abonnenten der Arbeiterpresse. Unter Verschiedenem verlas Bauer ein Zirkular von Marmorierlehrer Hauptmann betr. Abhaltung eines Kurfuss. Leider meldeten sich nicht genügend Kollegen, weil eben hier die Kartonnagefabrikation vorherrschend ist. Zum Schluß wurde über die öffentliche Versammlung, die am 27. Mai stattfinden soll, eine längere Debatte gepflogen. Unser Vorsitzender legte es den Mitgliedern ans Herz, sich rege an der Agitation zu beteiligen, desgleichen auch an der Verbreitung von Streuzettel und dergleichen. Weiter regte er an, daß die Mitglieder uns Adressen von indifferenten Kollegen besorgen sollen, damit dieselben schriftlich zu der Versammlung eingeladen werden können.

Altona. In der Generalversammlung vom 10. Mai gab der Vorsitzende zunächst den Geschäftsbericht: Es fanden im 1. Quartal 2 General- und 5 Mitglieder-versemmlungen statt, davon eine mit Vortrag über den russischen Freiheitsdichter Maxim Gorki. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen ein schwacher. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 8 Sitzungen. Die Agitation war eine sehr laue und waren die Kollegen und Kolleginnen dafür wenig oder gar nicht zu haben. Am 11. März feierte die Zahlstelle ihr 10jähriges Stiftungsfest, welches einen guten Verlauf nahm. Leider ließ der Besuch seitens der Mitglieder viel zu wünschen übrig.

Aus dem Kassensbericht ist zu entnehmen: Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 515,80 M. und eine Ausgabe von 347,66 M., an die Zentral-kasse eingeleistet wurden 168,14 M. Die Lokalkasse hatte incl. Bestand vom vorigen Quartal 610,29 M. Einnahmen, Ausgaben 261,72 M., jetziger Bestand ist 348,57 M. Schneider berichtete über den Diktum in Hamburg stattgefundenen Gautag. (Siehe Buchbinderzeitung Nr. 18 und 19.)

Zu dem Kartellbericht, den Wilhelm gab, ist zu bemerken, daß das Altonaer Kartell in der nächsten Sitzung der Frage einer Versammlung mit dem

Hamburger Kartell näher treten wird, jedoch nur unter der Bedingung, der Erhaltung des Altonaer Arbeiter-Sekretariats.

Es fanden sodann noch einige Ersatzwahlen statt. Zum Bevollmächtigten wurde Wilhelm, zum Kartelldelegierten Binardi, zum Bibliothekar Grill gewählt. Ferner wurde beschlossen, die nächstjährige Maskerade wiederum mit der Hamburger Zahlstelle gemeinschaftlich abzuhalten. Der Vorsitzende gibt sodann noch bekannt, daß am 28. Mai eine Dampfertour nach der Lüne, im Anschluß an den Hamburg-Altonaer Buchdruckerverband stattfindet.

Berlin. In der am 12. Mai abgehaltenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Kollege Schade zuerst das Ableben der Kollegen Franz Zinich und Adolf Mahrenholz bekannt. Von der Versammlung wurde in der üblichen Weise das Andenken an die Verstorbenen geehrt. Als Redner zur Ortsverwaltung wurden Kollege Würzburger und Fräulein Gebauer gewählt. Den Bericht der Fünferkommission für die Ausarbeitung der Anstellungsbedingungen für die Lokalbeamten erstattete Kollege Hanke. Er verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht der Kommission und bespricht des längeren die einzelnen Paragraphen der Vorlage. Er erachtet die Versammlung, den Kommissionsentwurf, als den Wünschen der Mitglieder entsprechend, anzunehmen. Kollege Bruck verteidigt die Vorlage der Ortsverwaltung und erklärt den Entwurf der Kommission als nicht annehmbar. Er ist ferner der Meinung, daß noch Abänderungsvorschläge von der Versammlung gemacht werden könnten. In der Debatte hierüber beteiligten sich noch die Kollegen Jost, Klamm, Jahn, Drauz, Krüger und Wilhelm. Dieselben sprachen teils für, teils gegen einzelne Punkte der Kommissionsvorlage. Kollege Kloth stellt hierauf den Antrag: Der Arbeitsvertrag mit den Angestellten ist in der nächsten regelmäßigen Mitgliederversammlung zu erledigen und dabei der Entwurf der Kommission als Unterlage der Verhandlungen zu nehmen. Der Antrag wurde angenommen.

Berlin. Am 18. Mai fand im Englischen Garten eine öffentliche Versammlung der Kartonnarbeiter und -Arbeiterinnen statt. Leider ließ der Besuch der Versammlung, welche speziell für die Arbeiterinnen und Zuschneider bestimmt war, viel zu wünschen übrig. Die Versammlung hörte zuerst einen Vortrag des Genossen Paul Kiffin über „Gewerkschaftliche Fragen“. Redner besprach die wirtschaftliche und politische Lage, wobei er sehr treffende Vergleiche zog. Er betonte, daß nicht nur eine politische, sondern auch eine gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiter nötig sei. Zum Schluß seines Referates fordert der Redner die Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich fester dem Verbande anzuschließen, denn die Einigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen müsse herbeigeführt werden. Als erste Diskussionsrednerin schloß sich die Kollegin Frau Kozielinian den Ausführungen des Referenten an. Sie führte den Kolleginnen vor Augen, was für ein Leben dieselben mit einem Wochenverdienst von 9 bis 12 M. führen müssen, wenn sie auf sich selbst angewiesen und keine Unterstützung von irgend einer Seite zu erwarten hätten. Entbehren in Essen und Trinken können es nur ermöglichen, daß sie sich einigermaßen anständig kleiden können. Mitleid und Schwundmüdigkeit seien aber die Folgen solcher Lebensweise. Darum sollten sich die Kolleginnen eines besseren bedenken und sich geordnete Lebensverhältnisse schaffen. Dieses könne nur durch Einigkeit der Kolleginnen geschehen. Ferner beteiligten sich noch die Kollegen Schade und Haferstroh an der Diskussion. Unter Verschiedenem fordert Kollege Krüger die Anwesenden noch auf, rege agitatorisch zu wirken, denn leider müsse es immer wieder bedauert werden, daß von über 2000 Kartonnarbeitern und -Arbeiterinnen nur ein sehr geringer Teil in dem Verbande ist, während der größte Teil noch nicht begriffen hat, daß sie sich organisieren müssen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Limbad. Am Sonnabend, den 13. Mai, fand hier eine öffentliche Versammlung aller in Kartonnagenfabriken und in der Buchbinderei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Das Referat hatte der Gauleiter Pfäffe, der über: „Wie stellen sich die Kollegen und Kolleginnen zu einer Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne?“ sprach. Die Versammlung war von 25 Kollegen besucht, außerdem war das Gewerkschaftskartell zahlreich vertreten. Eingehend erläuterte Pfäffe, wie notwendig es sei, daß sich die Kollegen einer gewerkschaftlichen Organisation anschlössen, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Bei einer elf- bis zwölfstündigen Arbeitszeit, wozu oft noch zahlreiche Nebenstunden kommen, sei es den Kollegen durchaus nicht möglich, sich körperlich und geistig zu erholen und sich mit den die Arbeiterklasse interessierenden Tagesfragen zu beschäftigen. Ebensovienig könne sich der Arbeiter dann seiner Familie und der Erziehung seiner Kinder widmen. Trotz dieser langen Arbeitszeit seien die Löhne noch derart niedrig, daß die Frau

und Kinder mitterverdienen müssen. Die Diskussion, die sich an das Referat angeschlossen, und die sehr anregend war, ergab denn auch, daß hier in Limbad wohl nicht ein einziger Kollege ist, wo die Frau nicht mitterverdienen muß. Pfäffe wies in recht überzeugenden Worten darauf hin, daß derartige Verhältnisse nur durch die Organisation beseitigt werden können. Er ermahnte die Kollegen, sich dessen bewußt zu werden und dem Verbande beizutreten. Der Verband biete außerdem durch seine verschiedenen Unterstützungseinrichtungen, die man sich je nach Dauer der Mitgliedschaft erwirbt, seinen Mitgliedern Schutz vor größter Not.

Das Ergebnis der Versammlung war denn auch ein befriedigendes.

Am Ende, Ihr Limbacher Kollegen, liegt es nun, den ausgestreuten Samen zur Reife zu bringen! Dem Verbande treu bleiben, kräftig mitarbeiten in der Agitation, muß die Devise für Euch sein!

Mainz. Am Samstag, den 13. Mai fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab zunächst den Geschäftsbericht. Es fanden im verflorenen Quartal statt: 1 General- und 5 Mitglieder-Versammlungen. Korrespondenzen waren ziemlich dieselben wie gewöhnlich und wurden prompt erledigt. Leider mußte der Vorsitzende feststellen, daß der Besuch der Versammlungen in letzter Zeit gegen früher sehr zurückgegangen war. Die Sonntagsversammlungen konnten überhaupt nicht abgehalten werden. Er ermahnt die Kollegen, für regen Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen, denn dadurch werde das sozialpolitische Verständnis geschärft und erweitert. Hauptsächlich solle auch die Agitation von Mund zu Mund nicht erlahmen. Gegenseitige Aussprache der Kollegen und Kolleginnen suchten mehr wie öffentliche Versammlungen. Gasmann gab den Kassensbericht. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 335,58 M., die Ausgaben 51,52 M. Mitgliederbestand war 32 männliche und 9 weibliche. Dem Kassierer wurde auf Antrag des Vorsitzenden Decharge erteilt.

Nach dem Bibliotheksbericht des Koll. Steinberger umfaßt die Bibliothek 140 Bände, wovon ausgeteilt wurden 45. Vom Koll. Gamel wurde ein Katalog zusammengestellt und vervielfältigt, welcher an die sich dafür interessierenden Kollegen ausgegeben wurde.

Zu der in nächster Zeit stattfindenden Gewerbe-gerichtswahl wurde als Kandidat unserer Gewerkschaft Koll. Kämmig aufgestellt. Nach Erledigung einiger internen Angelegenheiten betreffend erneute Agitation und Pfingstausflug erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgart. In der Versammlung vom 13. Mai sprach Leipart vom Holzarbeiterverbande über den kommenden Gewerkschaftskongress. Der Redner glaubt, daß nach den bis jetzt stattgefundenen Zeitungsdebatten zu schließen sei, daß die Verhandlungen auf dem Kongress sich wohl in ziemlich ruhigen, sachlichen Bahnen bewegen werden. Der vor drei Jahren in Stuttgart stattgefundene Kongress habe bestimmt, daß die Gewerkschaften, um die Agitation unter den Arbeiterinnen intensiver zu betreiben, nach Möglichkeit besondere Beamte anstellen mögen. Bis jetzt seien nur etwa 5 Proz. der beschäftigten Arbeiterinnen organisiert. Auf das Kost- und Logiswesen eingehend, bemerkte der Referent, daß dem Kongress in dieser Sache ein Antrag vorliege, eine Separatkommission hierfür zu bilden, persönlich möchte er diesen Antrag abgelehnt sehen. Auch die Streikunterstützung werde unbedingt dem Kongress beschäftigen, aber auch heute noch müsse die Ansicht obwalten, daß die einzelnen Branchenorganisationen die Pflicht haben, möglichst hohe Mittel zur Führung von Kämpfen anzusammeln. Jedoch auch der bestmöglichten Kasse könne es unter Umständen schwer fallen, einen größeren Kampf längere Zeit auszuhalten. Eine allgemeine Streikkasse einzurichten, werde wohl nicht so leicht gehen, weil dieselbe voraussichtlich von den schlechter gestellten Verbänden über ihre Kräfte in Anspruch genommen würde. Die Frage des Generalstreiks werde, wie man noch vor Jahren nicht geglaubt hätte, den Kongress lebhaft beschäftigen. Fragen müsse man sich, woher dies komme. Der Amsterdamer Kongress hätte in der angenommenen Resolution sich wohl bedingt für die Idee des Generalstreiks ausgesprochen, jedoch mit Ausschließung des absoluten Generalstreiks. Da aber die Gewerkschaften zur Durchführung des Generalstreiks die gewichtigste Rolle spielen, so müssen sich dieselben damit auf dem Kongress befassen. Wir dürfen jedoch in Versammlungen der Arbeiterchaft nicht den Generalstreik empfehlen und ihr vormaligen, mit einem Schläge die wirtschaftliche Lage umgestalten zu können. Wir müssen uns dagegen wenden, daß es einstmals bei uns, wie heute in gewissen Ländern, in den Versammlungen heiße: Hoch der Generalstreik! statt: Hoch die Organisation! Mit der Maifeier werde sich der Kongress gleichfalls beschäftigen und werde dann hoffentlich die notwendige Klarheit geschaffen, die heute noch sehr mangle. Er führt weiter aus, daß zum ersten Male auf dem Kongress das Verhältnis zu den Genossenschaften zur Sprache

komme. Heute wird es wohl in Arbeiterkreisen nicht mehr vorkommen, daß dieselben der guten Wirksamkeit der Genossenschaften feindselig gegenüber stehen. Die Gewerkschaften und Genossenschaften müssen Hand in Hand arbeiten. Die Dividendenjäger sei bei uns leider teilweise noch sehr vorhanden. Er führt demgegenüber England an, wo mehrfach der Ueberfluß für die Mitglieder als ein Nothgedrungenes geführt werde. Selbstverständlich müssen die Genossenschaftler Gewerkschaftler sein und umgekehrt. Zu der Frage der Arbeiterkammern und Arbeiterfammern übergehend, betont der Redner, daß der Kongreß, trotzdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für Arbeiterkammern eintrete, der Forderung für Einführung von Arbeiterkammern das Wort reden müsse. — Unter Punkt 2 wurde ein Antrag von Meßger angenommen, wonach unser Stammkapital bei der Gesellschaft „Gewerkschaftshaus“ um 1000 M. unbegrenzt erhöht wird. Anschließend wollen wir des Beschlusses der Heilbronner und Gmünder Kollegen am 14. resp. 21. Mai gedenken. Die ersten hatten mit der Witterung etwas mehr Glück wie die letzteren. Frühmorgens wanderten wir mit unseren Kollegen nach den rebenbesetzten Höhen von Stuttgart. Nach dem Mittagstisch wurde unter starker Beteiligung eine Besichtigung der Schlösser „Wilhelma“ und „Hofenstein“ vorgenommen. Die im Gewerkschaftshaus abends arrangierte Unterhaltung verlief in bester Weise. Besonders trugen unsere Kollegen Fug, Gaußmann und Jung sowie der Buchbinder-Männerchor sehr zur Verschönerung des Abends bei. Der sog. „Gmünder Sonntag“ war durch das Regenwetter etwas beeinträchtigt und mußte hier mittags die „Moriburg“ für die Unterhaltung dienen. Abends fand im „Bären“ die Schlußunterhaltung statt. Auch an diesem Tage leistete der Buchbinder-Männerchor sein Bestes. Den Heilbronner und Gmünder Kollegen rufen wir zu: Beherrzt sehr die Worte, die getauscht worden sind und arbeitet unermüdet am weiteren Ausbau unseres Verbandes, der Lohn wird euch allen sicher dadurch zuteil, daß eure Lebenslage durch ihn gehoben wird.

Konstanz. Samstag, den 20. Mai fand in dem „Schwedenstein“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Frau Greifenberg aus Augsburg referierte über: „Was bietet der deutsche Buchbinderverband seinen Mitgliedern“. Obgleich die Leitung der Zahlstelle recht sehr bemüht war ein volles Haus zu erhalten, war bedauerlicherweise die Versammlung von nur etwa 45 Personen besucht, die nicht einmal alle Berufsangehörige waren. Kaum 25 Prozent der in Konstanz beschäftigten Kollegen und Kolleginnen waren erschienen. Rednerin verbreitete sich eingehend über die mißlichen Verhältnisse, unter denen gerade in Deutschland die Agitation unter den Arbeiterinnen zu leiden hätte. Sie besprach die sehr langsame Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung. Sie schilderte die großen Kämpfe in Crimmitschau und im Ruhrgebiet und zeigte dabei, wie Regierung und Unternehmertum Hand in Hand gehen, wenn es gelte, den Arbeitern Menschenrechte vorzuenthalten. Zu den Bestrebungen unseres Verbandes übergehend, besprach sie in ausführlicher Weise die bereits erzielten Erfolge, unsere Unterstützungsanstaltungen und ihren Nutzen gerade auch für die Arbeiterin. Reicher Beifall wurde unserer Kollegin Greifenberg am Schluß ihres zu Herzen gehenden Vortrages gesendet. Nur schade, daß so wenige Kollegen und Kolleginnen sich denselben angehört hatten. Gewiß wäre mancher und manche unter ihnen überzeugt worden, von dem was in so anschaulicher Art vorgetragen wurde. Endlich wäre es an der Zeit, daß auch die in Konstanz Buchbindereien z. B. Beschäftigten aus ihrer Gleichgültigkeit erwachen würden. Insbesondere auch die im christlichen Kunstverlag von Karl Hirsch beschäftigten Kollegen sollten doch bedenken, daß die geplante allgemeine Lohnbewegung im Gau 15 auch nicht vor diesem christlichen Kunsttempel Halt machen wird. Mag auch für dieselben die Hoffnung bestehen, daß die in Rücksicht genommenen Forderungen bewilligt werden, so muß es trotzdem ihre Pflicht sein, aufrecht mit tätig zu sein zur Verbesserung der Lebenslage unserer Mitarbeiter und Arbeiterinnen, und das kann nur geschehen in und durch den Verband. Weichen die Kollegen aber abwärts, so ist es nicht ausgeschlossen, daß sich diese ihre Interessenlosigkeit bitter rächen wird. Nur durch einiges und geschlossenes Zusammenhalten ist es möglich, das zu erreichen, was der einzelne nie und nimmer zu erlangen vermag. Laßt euch nicht betören durch gleichgültige Reden seitens eurer Unternehmer, denn vielfach sind es Wölfe im Schafspelz. Seid überzeugt, daß die Zahlstelle nur einer aller bestes will und ohne Eigennutz eure Interessen zu wahren aufs äußerste bestrebt sein wird.

Nürnberg. Die Firma Zentner & Kiffinger, Portefeuiliefabrik hat die Arbeitszeit von 59 1/2 Stunden auf 53 Stunden pro Woche verkürzt unter Wegfall der bisher bestehenden Frühstücks- und Vesperpausen. Diese Beschränkung der Arbeitszeit wurde dem beschäftigten Personal gewährt, ohne daß

daselbe darum nachgesucht hatte. Die Firma glaubt durch etwas intensivere Ausnutzung der verkürzten Arbeitszeit gleichviel Waren wie vormem produzieren zu können, so daß die im Ufford beschäftigten Arbeiter eine Lohnneinbuße nicht erleiden würden. Außerdem will die Firma eine Verminderung der Betriebskosten, Heizung, Licht zc. erzielen. Was dieser Firma möglich ist, dürfte auch den übrigen Nürnberg Portefeuiliefabriken möglich sein, und liegt es nun an den dortigen Kollegen und Kolleginnen, soweit sie noch länger zu arbeiten gezwungen sind, danach zu trachten, daß auch sie recht bald in den Genuß der täglichen 9stündigen Arbeitszeit kommen.

Heilbronn. Sonntag den 14. Mai machte unsere Zahlstelle einen Ausflug nach Stuttgart. Früh 8 Uhr von der Stuttgarter Kollegen und dem Buchbinder-Männerchor abgeholt, ging's nach dem Gähhof, wo das Frühstück eingenommen wurde. Eine romantische Aussicht bot sich von hier aus unseren Augen. Von dort wurde ein Spaziergang durch den Stadtpark gemacht, um sodann das Gewerbemuseum zu besichtigen. Nachdem wurde im Gewerkschaftshaus das Mittagessen eingenommen. Am Nachmittag wurden die schönen Schlösser Rosenstein und Wilhelma besichtigt. Am Abend vereinigten wir uns mit den Kollegen und Sängern im Stuttgarter Gewerkschaftshaus, wo in liebenswürdiger Weise der Buchbinder-Männerchor für musikalische Unterhaltung gesorgt hatte und ein abwechslungsreiches Programm, bestehend in Liedervorträgen und humoristischen Vorträgen, entfaltete. Doch, wie es immer ist, wenn's am gemütlichsten ist, muß man scheiden. Ungern zogen die Heilbronner ihrer Heimat zu. Den Stuttgarter Kollegen wurde für ihre Liebenswürdigkeit herzlich gedankt, was auch an dieser Stelle noch einmal geschehen soll. Nächsten Monat werden die Stuttgarter uns einen Besuch abstaten, schon heute winkt ihnen ein herzliches Willkommen!

Bundschau.

Der Jahresbericht unserer Zentralarbeitskasse zeigt einen Mitgliederstand am Ende des Jahres 1904 von 9631. Es sind dieses mehr gegenüber dem Jahr 1903 259. Der Jahresdurchschnitt weist 9481 Mitglieder auf; im Jahr vorher waren es 9292. Arbeitsunfähig krank waren 3262 gleich 34,4 Prozent. Die Zahl der Krankheitsstage betrug 75 107; auf jeden Krankheitsfall kommen 23 Tage. Eingetreten sind 707, ausgetreten und ausgeschlossenen sind 807 und gestorben sind 60 Mitglieder. Nach dem Rechnungsschluß belaufen sich die Einnahmen aus Beiträgen, Eintrittsgelb, Ersatzener usw. auf 181 158,43 M., an Zinsen aus den vorhandenen Kapitalien wurden 6 765,44 M. eingenommen. Die Gesamteinnahmen betragen 188 023,87 M. Die Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 187 449,06 M., so daß nur ein Ueberfluß von 574,81 M. vorhanden war. Es steht damit unzweifelhaft fest, daß die Kasse ohne Beitragserhöhung nicht mehr weiter zu arbeiten in der Lage ist. Der Bericht erstreckt sich auch auf die in den letzten Jahren wieder aktuell gewordenen Frage einer Umwandlung der Kasse in eine Zusatzkasse bzw. einer Verschmelzung mit dem Verband und kommt dabei zu dem Resultat, daß eine solche Wenderung für einen großen Teil der Mitglieder eine Schädigung bedeuten würde. Zum Beweis, daß bei der Buchbinder-Zentralkasse die Beiträge im Verhältnis zu den Leistungen gegenüber anderen Krankenkassen zu niedrig sind, werden eine Reihe von Beispielen angeführt und dabei bemerkt, daß selbst nach der geplanten Erhöhung der Beiträge die Kasse immer noch die niedrigsten Beiträge haben und die höchste Unterstützung gewähren werde. Der Fonds für ausgesetzte Mitglieder verfügte über eine Einnahme von 997,41 M. und hatte eine Ausgabe von 456,85 M. Sein Bestand beläuft sich am Jahreschluß auf 8787,87 M.

Nicht uninteressant wäre es gewesen, wenn der Bericht sich auch erstrecken würde darauf, in welchem Umfange die einzelnen Krankheitsarten insbesondere vorherrschend sind und wie lange die Dauer der einzelnen Krankheitsfälle bei den jeweiligen Arten der Erkrankungen sind. Auch darüber läßt sich aus dem Bericht nichts bestimmtes entnehmen, welche finanzielle Wirkung die immer mehr und mehr zur Einführung kommende Heilstättenbehandlung auf die Kasse ausübt. Gerade eine Heilstellung letzterer Art müßte — sofern sie systematisch von Jahr zu Jahr gemacht würde — ein äußerst wertvolles Material zutage fördern. Denn nicht vergessen darf von den Mitgliedern werden, daß, je weiter die von den einzelnen Landesversicherungsanstalten gepflegte Heilstättenbehandlung ausgedehnt wird, die Anforderungen an die Kasse immer größer werden müssen.

Eine große Aussperrung droht in Dresden in der Zigarettenindustrie auszubrechen bzw. ist schon ausgebrochen. Die dortigen Fabrikanten haben folgende Bekanntmachung an ihr Personal gelangen lassen: „Bekanntmachung. Die endesunterzeichneten

Fabriken geben hiermit bekannt, daß sie sich durch das Verhalten der dem Tabakarbeiterverband angehöriger Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den arbeitswilligen Personen in der Zigarettenindustrie gestuzungen sehen, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die dem Tabakarbeiterverband angehören und sich nicht bereit erklären, aus demselben bis zum 27. Mai 1905 auszutreten, an jenem Tage aufzukündigen.“ Der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie für Dresden und Umgegend.“ Folgen 25 Unterschriften von Firmen. Nicht ausgeschlossenen ist es, daß diese Aussperrung auch auf unsere Mitglieder, die in den Kartonnagenabteilungen dieser Fabriken tätig sind, sich ausdehnt.

Zu **Nachen** wurde der Buchbinder Karl Hermann, der in einem dortigen Geschäft als Meister angestellt war, wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an zwei ihm unterstellten 14-jährigen Mädchen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt.

Gau IV.

Hiermit machen wir nochmals bekannt, daß am 11. Juni (1. Pfingstfeiertag) der Gantag im Breslauer Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, stattfindet.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauborstandes.
 2. Bericht der Zahlstellen und Einzelmitglieder.
 3. Agitation und Beratung der Frage: Ist die Anstellung eines besoldeten Gauleiters notwendig?
 4. Anträge.
 5. Verschiedenes.
- Zu Punkt 4 sind bis jetzt folgende Anträge eingelaufen:

1. Zahlstelle Breslau und Brieg beantragen, einen besoldeten Gauleiter für Schlesien und Posen anzustellen.

2. Zahlstelle Bromberg: Die Teilung des Gaues IV in zwei Gaue.

3. Breslau und Bromberg: Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises für Schlesien und Posen.

4. Breslau: Ausarbeitung eines Reglements betr. Wahl der Delegierten zum Gantag sowie Aufbringung der Kosten für denselben.

Die Verhandlungen beginnen Punkt 11 Uhr; jedoch werden die Delegierten ersucht, zu einer Vorbesprechung sich eine Stunde eher einzufinden. Am Abend des ersten Feiertages findet zu Ehren der Delegierten eine gefellige literarische Unterhaltung statt. Für den zweiten Feiertag ist ein Morgenausflug geplant. Die Delegierten, sowie die Gäste werden gebeten, die Zeit ihrer Ankunft, sowie die Dauer ihres Aufenthaltes dem Unterzeichneten möglichst bald mitzuteilen, damit für ausreichendes Nachtquartier gesorgt werden kann.

Die Ankommenden werden im Wartesaal dritter Klasse durch Kollegen empfangen. Als Erkennungszeichen dient die „Buch.-Ztg.“

Mit kollegialem Gruß

Der Gauborstand.

J. A.: J. Hertel, Breslau, Opitzstraße 3.

Literarisches.

Von der **Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift**, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 35. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr M. 1,20) ist das 8. Heft erschienen.

Abrechnung.

Vom 1. Quartal 1905 sind weiter bei der Verbandskasse eingegangen: Bochum 55,55 M., Brandenburg 85,76 M., Bromberg 80,97 M., Dören 65 M., Duisburg-Author 120 M., Eslingen — M., Heidelberg 39,25 M., Lübeck 100 M., Mainz 100 M., Meß — M., Pforzheim 255,47 M., Plauen 165,20 M., Gau VI 180 M., Gau VII 107,99 M., Gau XVII 50 M.

Noch nicht abgerechnet haben die Zahlstellen Heilbronn und Schleit. G. Gaueisen.

Adressenänderungen.

Gau.

Gau V. Vertrauensmann für Bitterfeld: P. Voigtländer, Dessauerstr. 82a.

Vertliche Bevollmächtigte.

Düsseldorf: Heinrich Meyer, Lindenstr. 73 I.
Halle a. S.: Otto Waalk, Triftstr. 20 part.

Eßlingen: E. Knorpp, Zell b. Eßlingen Nr. 156.
Frankfurt a. M.: S. Metz, Höhenstr. 53, II r.

Eisenach: E. Wellstedt, Frauenplan 37, von 7-8.
Sonntags von 11-12 Uhr.

Getverkschaftskongreß während dessen Tagung mit der Expedition nichts zu tun haben. Warum also solche Bemerkungen? Das Streifenband an Ihre Adresse ging wie gewöhnlich ab. — E. D. in B. Besten Dank für Ihr Anerbieten! Wir müssen uns aber wohl gelegentlich persönlich besprechen. — Die Delegierten zum Kongreß werden über ihre Agitationsveranstaltungen gemeinsam berichten. Daher sind alle bis jetzt hierüber eingelaufenen Berichte zurückgestellt. — A. in C. Vor 14 Tagen dürfte der Jahresbericht nicht zum Versand fertig sein.

Unterstützungs-Auszahler.

Krefeld: M. Küsters, Bruchstr. 16 part.
Eßlingen: Sozialunterstützung wird nicht mehr gezahlt.
Konstanz: A. Boigt, Wessenbergstr. 21 III, von 12¹/₂ bis 1¹/₄ und von 6-7 Uhr.
Solingen-Bald: D. Wartsch, Webersbergerstr. 63 II, von 12-1 und von 1¹/₂-8 Uhr. Sonntags von 1-2 Uhr.

Briefkasten.

H. A. in M. Termin findet erst im Juni statt. Sie werden dann den Verkauf durch die Zeitung erfahren. — S. W. in D. Arbeit und Porto hätten Sie sich ruhig sparen können. Adresse ist heute mit anderen veröffentlicht. — S. D. in F. Es sollte Ihnen doch möglich sein, zu beurteilen, daß die Delegierten zum

Zahlstelle Luckenwalde.
Am 24. Mai verstarb unsere Kollegin 326] [1,40
Marie Ties
im Alter von 21 Jahren.
Wir werden ihr stets ein treues Andenken bewahren!
Die Kollegen u. Kolleginnen der Zahlstelle Luckenwalde.

Nach St. Tönis. Unserem Kollegen **Seinr. Thissen** und seiner Braut **Luisje Beckers** zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!
330] [1,10 Zahlstelle Krefeld.

Tüchtigen Stuttschler
für bessere Schmuckein u. Etalagen suchen in dauernder Stellung
J. & G. Gottschalk, Leipzig.
Tüchtigen Stuiarbeiter,
eingerrichtet auf Schaufenster u. Etalagen, welchem auch das Zuschneiden von Tuch und Leder mit übertragen werden soll, 335] suchen in dauernder Stellung [1,60
J. & G. Gottschalk, Leipzig.

Wie druckt man rationell Kustfutter?
Gefl. Dfferten unter **O. H. 10** an 336] die Expedition d. Ztg. [0,60
Stui-Fabrik-Werkführer
zum baldigen Antritt gesucht. Vollständige Fachkenntnisse und respektable Ältere durchaus solide Persönlichkeit Bedingung.
Gefl. nähere Dfferten mit Gehaltsanprüchen zu richten an die 337] [1,80
Spahn'sche Stui-Fabrik, Eisenberg i. Thür.

: Buchbinderei :

in schöner Lage Stuttgarts, mit schöner Einrichtung und guter Kundenchaft zu verkaufen. Für tüchtigen Gehilfen schöne Gelegenheit. Preis 4000 Mk. 331] [3,30
Dfferten unter **A. S. 1000** hauptpostlagernd Stuttgart.

Buchbinder finden durch den **Kostenfreien Arbeitsnachweis O. Th. Winckler, Leipzig Seeburgstr. 47** billig und schnell passende Stellen:

billiger
als durch die Fachzeitingen, weil vollständig kostenfrei;
schneller
weil ja die Fachzeitingen nur aller 8-14 Tage erscheinen.
Einrichtungen für Laden und Werkstatt zu günstigen Bedingungen

:: :: Gau X. :: ::

Den Zahlstellen und Einzelmitgliedern zur Kenntnis, daß der in diesem Jahre stattfindende

Gau-Ausflug
am **16. Juli** nach **Hagen i. W.** stattfindet. Näheres Programm folgt noch.
Mit kollegialem Gruß
Zahlstelle Hagen.

Zahlstelle Berlin.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß unser Bureau für den öffentlichen Verkehr 1.50
nur mittags von 12 bis 1 Uhr;
nachmittags von 1¹/₂-7 Uhr geöffnet ist.

Am Freitagabend, den 10. Juni, wird das Bureau **abends 6 Uhr;**
am **3. Pfingstfeiertag mittags 1 Uhr** geschlossen.
Die Ortsverwaltung.

Bogensäbe, Fileten, Rollen, Stempel, Schriftsätze

329] liefert in bester Art [1,20
F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36

Achtung! Zahlstelle Berlin. Achtung!
Sonnabend, den 1. Juli 1905
Dampfer-fahrt mit Musik
nach dem an der Oberspreee gelegenen Etablissement „Hasselwerder“ 333] in Nieder-Schöneweide. [7,80
Daselbst: **Großer Sommernachts-Ball.**
— Um 12 Uhr: —
Fackelpolonaie.
Von 3 Uhr morgens ab:
Gemütliches Kaffeekochen.
Abfahrt der beiden ersten Dampfer abends präzise 1¹/₂ Uhr von der Dampferstation L. Rahnt an der Waisenbrücke. Rückfahrt morgens 5 Uhr.
Billet 75 Pf. für Hin- und Rückfahrt inkl. Canz.
Billets sind in den Zahlstellen bei den Werkstufen-Vertrauenspersonen sowie in unserem Bureau zu haben. Die zum Vertrieb bestimmten Billets sind bis spätestens **Mittwoch, den 28. Juni abzurechnen**; anderenfalls gelten dieselben als verkauft.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Ein praktisches, billiges u. hervorragendes Gelegenheitsgeschenk ist unstreitig meine weltberühmte Rasier-Garnitur Nr. 2712.



Fein polierter Holzkasten, verschießbar mit verstellbar. Rasier-Spiegel, enthält sämtliche Rasier-Utensilien:
1. Sicherheits-Rasierapparat mit Anleitung oder auf Wunsch ein Ia. Silberstahl-Rasiermesser,
2. einen guten Streichriemen,
3. eine Dose Schärffmasse,
4. eine Dose antisept. Rasierseife,
5. einen Rasierpinsel,
6. eine vernickelte Rasierschale.
Alles zusammen in Ia. Qualität **nur 3 Mk.** gegen Nachnahme.
Nr. 2714 und Nr. 2736 dieselben Garnituren in initiiertem Lederkarton ohne Spiegel, letztere mit Sicherheits-Rasierapparat, letztere mit Ia. Rasiermesser **kosten nur 2,50 Mk.** — Alle meine Rasiermesser und Sicherheits-Rasierapparate sind fertig z. Gebrauch.

Porto 50 Pfg., bei Aufträgen v. 10 Mk. an portofrei. Illust. Katalog meiner Waren, üb. 6000 Gegenstände enthaltend, umsonst u. portofrei.

Große Auswahl in Haarschneidemaschinen schon v. 3,20 Mk. an.

Engelswerk C.W.Engels
Foche bei Solingen
Stahlwarenwerke und Versandgeschäft.
Garantie-Engels-Marke **Grösstes Stahlwaren-Versand-Geschäft überhaupt.**

Einziges Versandgeschäft mit wirklichem Fabrikbetrieb hier in Foche.
Größtes Warenlager im Solinger Industriebezirk. Eigene Reparaturwerkstätte. Reparaturen (auch solcher Waren, die nicht von mir bezogen worden sind) werden **prompt und unter billigster Berechnung** ausgeführt.

Verband nur per Nachnahme. Nichtgefallendes wird noch nach **30 Tagen** zurückgenommen und der Betrag zurückgezahlt. **Also weitestgehende Garantie.**

Wird von einer Konkurrenz hin und wieder mal ein Artikel als Loosmittel zu einem billigeren Preise angeboten, als er in meiner Preisliste verzeichnet ist, dann ist dieser Artikel vom gleichen Tage ab bei mir zum gleichen Preise zu haben. Man hüte sich aber vor Täuschungen, denn in den meisten Fällen handelt es sich um minderwertige Ware. Für die gute Qualität meiner Waren leiste ich weitestgehende Garantie.
Meine Fabrik wird in diesem Jahre durch nahezu vollendete Neubauten um das doppelte vergrößert.